

9. Festsetzung der gemeinsamen Sitzung der Provisorischen Volkskammer und Provisorischen Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Wahl des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.....S.7

Beschluß:

Die gemeinsame Sitzung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Verlesung einer Erklärung der Vertretung der Sowjetischen Regierung und zur Wahl des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik wird einstimmig auf Dienstag, den 11. Oktober 1949, 16 Uhr, festgesetzt.

10. Bekanntgabe des nächsten Sitzungstermins. 3. Tagung der Provisorischen Volkskammer am Mittwoch, dem 12. Oktober 1949, 12 Uhr

S. 7

Ende der Sitzung: 18.32 Uhr

Vorsitzender Wilhelm Pieck:

Die konstituierende Sitzung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist eröffnet!

Der nationale Notstand des deutschen Volkes, wie er durch die Zerreißung Deutschlands hervorgerufen wurde, verschärft sich infolge der Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte mit Unterstützung westdeutscher Politiker von Tag zu Tag und nimmt solche Formen an, daß das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes bedroht sind und seine nationale Existenz in Frage gestellt ist.

Durch diese Maßnahmen und die dadurch hervorgerufene Not hat sich in ganz Deutschland immer stärker die Bewegung entwickelt, die den Kampf um die Nationale Einheit des deutschen Volkes, um einen gerechten Friedensvertrag und um den Abzug der Besatzungstruppen fordert, — eine Bewegung, die immer größeren Massencharakter annimmt und die vor allen Dingen Sicherheiten für das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes fordert.

Diesen Forderungen des deutschen Volkes wird von den westlichen Besatzungsmächten in keiner Weise Rechnung getragen. Im Gegenteil: sie setzen sich über die elementarsten nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen des deutschen Volkes hinweg und benutzen die in Westdeutschland geschaffenen parlamentarischen Organe und ihre Politiker dazu, dem deutschen Volke einzureden, als ob durch den im Westen Deutschlands geschaffenen Bundestag und die Bundesregierung dem deutschen Volk in seiner Not geholfen werden könne und ihm irgendwelche Rechte zuerkannt seien.

Die im Westen Deutschlands vollzogenen Wahlen haben das Ausmaß des Massenbetruges gekennzeichnet. Es ist kein Zweifel, daß sich die Massen in Westdeutschland, als sie für diese Parteien stimmten, von der Illusion haben leiten lassen, daß damit eine Verbesserung ihrer Lage herbeigeführt werden würde.

Sie haben aber schon in der kurzen Zeit, die seit den Wahlen verflissen ist, erfahren, daß dem deutschen Volk keine Hilfe zuteil wird, sondern daß im Gegenteil die Militärgouverneure mit verschärften Maßnahmen eingreifen, um ihre Diktatur über das deutsche Volk durchzuführen.

Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Maßnahmen, die bereits erste Erscheinungen einer Krise im Westen Deutschlands hervorrufen, sondern es sind vor allen

Dingen die Maßnahmen, die erkennen lassen, daß es den westlichen Besatzungsmächten darauf ankommt, einen neuen Krieg in Europa vorzubereiten.

In der in Washington von dem sowjetischen Außenminister an die Vertreter der anderen Mächte gerichteten Note ist in eindeutiger Weise klargelegt, welche Folgen sich für das deutsche Volk aus den Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte ergeben und welche Gefahren für den Frieden bestehen, wenn sich nicht alle nationalbewußten demokratischen Kräfte in gemeinsamem Kampfe und fester Zusammenschlossenheit gegen diese Pläne zur Wehr setzen.

• Nun wachsen die Bäume der imperialistischen Mächte nicht in den Himmel, sondern es steht ihnen das große Friedenslager entgegen. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkes, sich in dieses Lager einzureihen und zusammen mit den Kräften, die in diesem Lager einen entscheidenden Einfluß haben, für den Frieden der Welt zu kämpfen.

Das ist die große gegenwärtige Aufgabe, die vor dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit steht. Es ist die besondere Aufgabe der Bevölkerung im Westen Deutschlands, nicht weiter zu dulden, daß mit seinem Leben und seiner Zukunft durch den Bundestag und die Bundesregierung ein verbrecherisches Spiel getrieben wird. Zwar spüren die Politiker im Westen bereits, was das Besatzungsstatut und die Diktatur der Westmächte bedeuten, daß nicht sie über die ureigensten Interessen des deutschen Volkes zu entscheiden haben, sondern daß die imperialistischen Westmächte dort, wo ihre Interessen mit den deutschen Interessen im Widerspruch stehen, rücksichtslos ihre Befehle in die Tat umsetzen. Dafür gibt es aus der letzten Zeit schon einige drastische Beispiele.

Es ist also wohl verständlich, daß auch das Volk in seiner Gesamtheit anfängt zu begreifen, was auf dem Spiele steht, und daß es immer stärker die Forderung nach einer deutschen demokratischen Regierung erhebt, die wirklich die Interessen des deutschen Volkes wahrnimmt und sich nicht zum Spielball westlicher Besatzungsmächte macht. Diese Forderung des deutschen Volkes ist in letzter Zeit immer stärker an den Volksrat gerichtet worden, der aufgefordert wurde, die Initiative zu ergreifen, um eine solche deutsche Regierung zu schaffen. Der Volksrat ist sich selbstverständlich seiner Verantwortung wohl bewußt, die er vor dem deutschen Volke hat, und lange schon wurde von ihm erwogen, ob dieser Weg gegangen werden muß oder nicht. Immer noch bestand die Hoffnung, daß es in gemeinsamem Kampfe gelingen werde, die westlichen Besatzungsmächte davon abzuhalten, die deutsche Unabhängigkeit zu strangulieren. Immer noch bestand die Hoffnung, daß es gelingen werde, im Westen Deutschlands die Parteien zum gemeinsamen Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zu vereinen. Es hat sich aber gezeigt, daß diese Hoffnungen illusionär waren, daß es trotz aller Angebote an jene Kreise nicht gelungen ist, die einheitliche Front zum Kampfe für die Einheit Deutschlands und für den gerechten Frieden zu schaffen. Wir geben zwar auch heute noch nicht die Hoffnung auf, aber dazu ist eine große und ernste Arbeit unter dem deutschen Volk vonnöten.

Die heute vormittag vom Deutschen Volksrat angenommene Entschliebung über die Nationale Front zeigt diesen Weg. Wir werden alles daransetzen müssen, durch die Parteien und Massenorganisationen, die im Volksrat vereinigt sind, in Gemeinschaft mit den nationalbewußten Kreisen in Westdeutschland diese Kampffront zu schmieden und so stark zu machen, daß wir schließlich doch die Einheit Deutschlands wieder herstellen und den losgetrennten Teil Deutschlands wieder zurückgewinnen, um so in gemeinsamer Arbeit und Anstrengung auch auf die Besatzungsmächte ein-